

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Edm. Staackmann, Dresden,
Bant der Richter, Weststr. 10
und Neumann, H.-O., Dresden,
Gebrüder Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Preis: 10 Pf. (100 Blätter) ...
Abonnement: 100 Pf. (100 Blätter) ...
Einzelhefte: 1 Pf. (100 Blätter) ...

Nr. 272 | Dresden, Montag, den 23. November 1931 | 42. Jahrgang

Der Wahnsinn des Lohnabbaus

Ergebnis im Wirtschaftsbeirat: Lohnsenkung, aber keine Sicherung des Preisabbaus - Die Zollmauern wachsen

Ein verderblicher Wettlauf Lohnabbau - Zollaufbau

Die Mitteilungen, die über das Ergebnis der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates in die Öffentlichkeit dringen, bestätigen, was von vornherein anzunehmen war, daß bei diesen Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates für die Massen der Bevölkerung kaum etwas Ersprießliches herausgekommen ist. Es war von diesem Wirtschaftsbeirat, in dem Vertreter des Unternehmertums die große Mehrheit haben, von vornherein nichts Gutes zu erwarten. Auch dort hat man wieder die Parole ausgegeben: Lohnsenkung - Gehaltsabbau. Ueber den Abbau der Preise hat man auch gesprochen, aber die Maßnahmen, die zu diesem Zweck ergriffen werden sollen, werden offenbar ganz unzulänglich sein. Selbst wenn man dazu kommt, die Kartellbindungen zu lockern, so bleibt der Erfolg zweifelhaft. Selbst wenn etwa der einzelne Unternehmer das Recht erhält, ohne Rücksicht auf die Festlegung des Kartells die Preise herabzusetzen, so ist damit noch nicht die Gewähr gegeben, daß die Preisherabsetzung auch wirklich erfolgt.

Wollte die Regierung den Massen einen Ausgleich für die Lohn- und Gehaltsenkungen gewähren, so müßte sie vor allen Dingen dafür sorgen, daß die Rahnmittelpreise um ein beträchtliches sinken. Mit einer Senkung der Preise für Fertigfabrikate, Kleider, Schuhe usw., ist heute einem großen Teil des Volkes nur wenig gedient, denn bei der starken Preissteigerung des Einkommens der Lohn- und Gehaltsempfänger reicht es heute nur gerade für die Preise und die Nahrungsmittel. Voraussetzung für einen ausreichenden Abbau der Nahrungsmittelpreise ist aber eine Annäherung der deutschen Getreide- und Futtermittelpreise an die Weltmarkthöhe, und bei dem starken Einfluß der Agrarier auf die Regierung ist nicht zu erwarten, daß etwas Durchgreifendes geschieht, um die Agrarpreise zu senken.

Bei der ganzen Behandlung der Wirtschaftsprobleme durch die Regierung zeigt sich immer wieder, wie stark nicht nur der Einfluß des Unternehmertums auf die Prägung der Regierung ist, sondern auch, daß die in Wirtschaftsfragen ausschlaggebenden Männer der Regierung im ganz oberflächlichen und dilettantischen Anschauungen befangen sind. Sie haben sich auf den Gedanken festgebissen, daß man von dem Abbau der Löhne allerhand Wunderdinge erwarten könne. Dabei ist nicht einzusehen, wie eine Abgabebefehl in Deutschland selbst dann eintreten soll, wenn die Preise in demselben Verhältnis sinken wie die Löhne. Es könnte bestenfalls nur ebensoviel gekauft werden als bisher.

Nutzen könnte uns eine Senkung des Lohn- und Preisniveaus bei der Ausfuhr, wenn die anderen Länder es sich ruhig gefallen ließen, daß wir sie mit einer auf Handelsabgabe gestützten Ausfuhr überflüssig machen. Aber ist wird uns ein Anschauungsunterricht darüber zuteil, was in der Wirklichkeit auf diese Weise erreicht. In England, dem alten Freihandelsland, werden die Zölle sehr stark erhöht, weil man im Interesse der eigenen Industrie die Einfuhr eindämmen will, und die Folge ist, daß nun ein Land nach dem andern zu neuen Zollerhöhungen und Einfuhrerschwerungen übergeht. Überall wachsen die Zollmauern, und wir können heute geradezu mit Sicherheit darauf rechnen, daß ein weiteres Abgleiten der Löhne in Deutschland nur neue Gegenmaßnahmen der anderen Länder herbeiführen wird. Es droht geradezu ein Wettlauf zwischen Preisenkungen in Deutschland und Zollerhöhungen in den Ländern, denen wir unsere Waren verkaufen wollen. Dem deutschen Arbeiter aber werden die schwersten Räte und Entbehrungen auferlegt, und da tatsächlich die Preise den Löhnen auf dem Wege nach unten im genügenden Maße nicht folgen, besteht die große Gefahr, daß die Abnahmefähigkeiten im Ausland noch stärker eingeschränkt werden und dadurch die Krise verschärft wird.

D. Berlin, 23. November. (Sig. Funf.)
Die offizielle Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirates wird heute um 11 Uhr unter Vorsitz des Reichspräsidenten in dessen Palais beginnen. An der Sitzung wird der Vertreter des Abwärters, Dr. Fuhr, nicht mehr teilnehmen. Er hat die Reichsregierung in einem Brief über den Grund seines Fernbleibens noch am Sonntag nach der letzten Arbeitssitzung des Wirtschaftsbeirates verständigt.

In dieser Arbeitssitzung versuchte der Reichsfiskus das Verhandlungsergebnis zusammenzufassen, und zwar im Sinne einer Erklärung, die in der heutigen Schlußsitzung von dem Reichspräsidenten abgegeben und dann der Öffentlichkeit übergeben werden soll. Die Erklärung ist zugleich eine Richtlinie für das kommende Wirtschaftsprogramm gedacht. Von allen Seiten der Gewerkschaften wurden gegen diese Richtlinie die lebhaftesten Bedenken geltend gemacht. Es wurden Einwendungen gegen die auslegungsfähigen Formulierungen über Banken und Staat, Agrarpolitik und öffentliche Wirtschaft erhoben. Insbesondere aber riefen, wie in allen vorausgesetzten Sitzungen, die Vorschläge über die Aufhebung des Tarifrechts und über die Senkung der Löhne und Gehälter ohne ausreichende Garantie für die Erhaltung des Reallohns auf den entschiedenen Widerspruch. Die Erklärung befaßt sich schließlich auch mit dem Preisabbau. Aber während der Abbau der Löhne und Gehälter mit sofortiger Wirkung vor sich gehen soll, wird das Problem des Preisabbaus mehr problematisch behandelt.

Die Gewerkschaften hatten bereits am Sonnabend beabsichtigt, gegen die Absicht der Reichsregierung eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Von der Abgabe dieser Erklärung wurde jedoch am Sonntag in der letzten Sitzung des Wirtschaftsbeirates abgesehen. Es nach dem Verlauf der heutigen Sitzung noch weitere Gewerkschaftsvertreter den heutigen Schlußsitzung fernbleiben, ist zur Zeit noch unbestimmt.

Die englischen Zollmauern

50 Prozent Wertzölle auf zahlreiche Fertigwaren

Auf Grund des Antidumpinggesetzes hat der englische Handelsminister Ende der vergangenen Woche die angekündigten englischen Wertzölle veröffentlicht. Die sind schlimmer ausgefallen, als zu befürchten war. Für einen erheblichen Teil industrieller Fertigwaren sind Wertzölle in Höhe von 50 Prozent in Kraft gesetzt worden, die von Mittwoch, den 25. November, an wirksam werden. Nicht bloß die bereits für einige Fertigwaren bestehenden Schutzzölle, so für Messerschmiedewaren, keramische Waren, Stoffbandschuhe, Packpapier, sind von ihrem bisherigen Satz von 33 1/2 Prozent auf 50 Prozent erhöht worden, sondern der Kreis der zollpflichtigen Waren ist ganz wesentlich erweitert worden.

Für weite Gebiete der Textil- und Bekleidungsindustrie, so für die Wollewaren und Leinwandindustrie, ferner für die Herrenkonfektion und Lederhandschuhindustrie, ist der ergriffene hohe Zollfuß von 50 Prozent geschaffen worden. Dagegen werden Wertzölle in Höhe von 50 Prozent auf die Einfuhr von Werkzeugen, Schreibmaschinen, Einteilern, Teppichen, Radioapparaten, kosmetischen Waren, Gummireifen u. a. m. gelegt.

Nach den bisherigen Londoner Pressecommentaren sollen die zollpflichtigen Waren nach den Einfuhrzahlen von 1930 eine Wertsumme von etwa 600 Millionen Mark umfassen. Das entspricht etwa 10 Prozent der englischen Fertigwareneinfuhr von 1930. Jedoch handelt es sich um letztes Ertragsjahr bei dieser Abgabe noch um eine Unterabschätzung. Nach den Einfuhrziffern der ersten zehn Monate des laufenden Jahres dürften von nun an etwa

16 Prozent der englischen Fertigwareneinfuhr

mit dem 50prozentigen Wertzoll belegt sein. Dieser Zollfuß dürfte zusätzlich der 50prozentigen Pfundwertwertung auf zahlreichen Gebieten prohibitiv, wie eine Einfuhrsperre wirken. Nur solche deutschen Exportwaren, die schon bisher auf Grund ihrer Qualität und Beliebtheit für den englischen Markt unentbehrlich sind, werden möglicherweise über diese erhöhten Zölle hinwegkommen.

Von den englischen Zöllen werden in erster Reihe die kontinentalen Länder, insbesondere Deutschland, die Tschechoslowakei und Österreich, aber auch Frankreich und Belgien stark betroffen. Besonders schwer sind die Auswirkungen für die deutsche Exportindustrie. Die deutsche Ausfuhr nach England betrug in den ersten drei Quartalen 1931 = 800 Millionen Mark. Auf die mit dem neuen Wertzoll belegten Waren entfallen hiervon etwa 150 Millionen Mark, also fast 20 Prozent der deutschen Englandsausfuhr.

Kameraden! Genossen!

„Der volkfeindliche Marxismus müsse mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Es sei besser, wenn bei diesem Prozeß einige tausend oder zehntausend marxistische Funktionäre zu Schaden kommen, als daß das deutsche Volk an der marxistischen Pest zugrunde geht.“

So drohte zweimal in breiter Öffentlichkeit der Nationalsozialist Feick, der frühere Polizei- und Verfassungsmi- nister in Thüringen. „Aber Geduld, der Tag ist nicht mehr fern, an dem wir unseren Führer um die Köpfe der Mörder unserer Kameraden bitten dürfen“, schreibt der Gau- sturmführer und Landtagsabgeordnete Lohs im Freiheits- kampf.

„Die Nacht nach der Mächtergreifung wird den SA gehören, da sie die Nacht der langen Messer sein wird.“ Diese Roheit stammt von einem andern Agitator.

Von der KPDAP sind die Rathenow-Mörder Tschow und von Salomon, die Ferner-Mörder Schulz und Heines als Mitglieder aufgenommen und in besondere Ehrenstellen befördert worden.

So tief ist noch keine Partei gesunken!

Der nationalsozialistische Mordterror schlägt seine Wellen bis in unsere Stadt. In Cottin, in Leuben, vor allem im Fichtviertel ist die Bevölkerung, besonders aber sind die SPD- und Reichsbannermitglieder fortgesetzten Provokationen ausgesetzt.

Genossen! Kameraden! Wir verstehen eure Erregung, eueren Haß! Trotz alledem gilt es eiserne Disziplin zu wahren! Laßt euch nicht provozieren! Laßt euch nicht einzeln zu unüberlegten Taten hinreißen! Wartet, bis ihr aufge- rufen werdet! In der Geschlossenheit liegt unsere Stärke!

Wir fordern, daß die sächsischen Behörden kräftig gegen politischen Terror und Mord vorgehen!

Unverhört ist, daß eine gewisse Rechtspreffe die Terror- taten der Nationalsozialisten verschweigt oder ihre Urheber als Gelben feiert. Unglaublich ist, daß selbst Kreise des an- ständigen Bürgertums diese Mordhege dulden.

Wir warnen die Provokateure und ihre Mitschuldigen! Wir stehen in geschlossener Front zur Abwehr bereit!

**Abwehrkartell Groß-Dresden.
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsverein Dresden.**